

II-7066 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3598/J

1989 -04- 07

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Partik-Pablé, Huber, Mag. Haupt  
an den Herrn Bundesminister für Arbeit und Soziales  
betreffend Anrechnung der Zeiten der Pflege eines behinderten  
Kindes in der Pensionsversicherung

Seit 1. Jänner 1988 besteht für Personen, die sich der Pflege eines im gemeinsamen Haushalt lebenden behinderten Kindes widmen, die Möglichkeit der Selbstversicherung in der Pensionsversicherung. Durch diese Bestimmung können Mütter, in Ausnahmefällen auch Väter, unter bestimmten im Gesetz näher geregelten Bedingungen Pensionsversicherungszeiten erwerben, wobei die dafür entstehenden Kosten von Familienlastenausgleichsfonds getragen werden. Die Selbstversicherung endet jedenfalls mit der Vollenung des 27. Lebensjahres des Kindes.

Um nun einen Überblick darüber zu erhalten, wie sich diese Möglichkeit, für deren Realisierung die unterzeichneten Abgeordneten lange Jahre vehement eingetreten sind, in der Praxis bisher bewährt hat, richten sie an den Herrn Bundesminister für Arbeit und Soziales die

A n f r a g e :

- 1) Wieviele Personen - getrennt nach Mütter, Väter, bzw. sonstigen - haben bisher eine Selbstversicherung gemäß § 18 a ASVG beantragt, und wieviele dieser Anträge wurden bewilligt?
- 2) Welche Gründe waren für allfällige negative Antragserledigungen maßgeblich?
- 3) Ist seitens Ihres Ressorts eine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen beabsichtigt?

- 4) Ist insbesondere an eine Verlängerung der Anspruchsdauer auch über die Vollendung des 27. Lebensjahres des behinderten Kindes hinaus geplant?
- 5) Wie hoch sind die Beiträge die bisher für diese Selbstversicherung seitens des Familienlastenausgleichsfonds geleistet wurden?